

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten David Petereit, Fraktion der NPD

Polizeieinsätze in Unterkünften für Asylbewerber und/oder Asylanten im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte im Monat Juni 2015

und

ANTWORT

der Landesregierung

Wie viele Polizeieinsätze gab es im o. g. Monat in Unterkünften für Asylbewerber und/oder Asylanten Landkreis Mecklenburgische Seenplatte (bitte aufschlüsseln nach Ort und Art der Unterkunft, Datum, Anlass mit Sachverhaltsskizzierung, Staatsangehörigkeit, Alter und Geschlecht der Tatverdächtigen/Störer und Geschädigten und entstandenen Kosten)?

In den kommunalen Gemeinschaftsunterkünften des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte gab es im Juni 2015 insgesamt fünf Polizeieinsätze. Diese sind in der beigefügten Übersicht aufgelistet. Maßnahmen im Rahmen der Amtshilfe sind nicht enthalten.

Einsätze, welche im Zusammenhang mit dezentral untergebrachten Asylbewerberinnen und Asylbewerbern standen, werden nicht separat erfasst.

Personal- und Sachkosten werden für die angefragte Art der polizeilichen Einsätze regelmäßig nicht erhoben.

Angaben zu Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit der Beteiligten werden nicht aufgeführt. Es handelt sich dabei um Angaben, vor deren Veröffentlichung eine datenschutzrechtliche Prüfung dahingehend vorzunehmen wäre, ob, gegebenenfalls auch in der Kombination mit anderen Informationen aus den Antworten, einzelne Personen bestimmbar gemacht werden können.

Um die Bestimmbarkeit einzelner Personen auszuschließen, sind umfangreiche Recherchen in jedem Einzelsachverhalt erforderlich. So ist die Belegung jeder Unterkunft, in der ein Polizeieinsatz durchgeführt wurde, hinsichtlich festgestellter Geschädigten und Tatverdächtigen dahingehend zu überprüfen, in welchem Umfang in der Unterkunft Personen mit gleicher Nationalität des/der Geschädigten und Tatverdächtigen zum Zeitpunkt des Einsatzes beziehungsweise der Tat lebten und ob Geschädigte und Tatverdächtige sich von diesen altersmäßig unterscheiden.

Dieser Rechercheaufwand ist im Rahmen der Beantwortung einer Kleinen Anfrage nicht möglich. Er wäre mit einem unzumutbaren Aufwand verbunden, der schon mit der aus Artikel 40 Absatz 1 Satz 1 Landesverfassung folgenden Pflicht zur unverzüglichen Beantwortung Kleiner Anfragen nicht zu vereinbaren ist.

Lfd. Nr.	Ort	Datum	Anlass mit Sachverhaltsskizzierung
Landkreis Mecklenburgische Seenplatte			
01	Neubrandenburg	06.06.2015	Verdächtiges Fahrzeug vor der Asylbewerberunterkunft - keine strafrechtliche Relevanz
02	Neubrandenburg	09.06.2015	Sachbeschädigung an Einrichtungsgegenstände
03	Neubrandenburg	09.06.2015	Wohnungseinbruchsdiebstahl
04	Neubrandenburg	22.06.2015	wechselseitige gefährliche Körperverletzung unter Asylbewerbern mit einem Messer und einer Bratpfanne
05	Friedland	21.06.2015	Unzulässiger Lärm